Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 66 (1987)
Heft: 11

Artikel: Bayerns Sozialdemokraten rappeln sich auf : ein neues Handlungskonzept

Autor: Hartmann, Horst

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340524

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

nehmen. Die folgenden Bemerkungen beschränken sich deshalb auf einen wesentlichen Punkt.
Die Fülle des Materials und die Sorgfalt der Forschungsarbeit sind beeindruckend. Dem Leser wird Mosaikstein um Mosaikstein vorgesetzt, teilweise wird er auch mit dem Vorgehen bekannt gemacht. Allein gelassen wird er jedoch dann, wenn es gilt, die einzelnen Mosaiksteine zu einem Ganzen zu fügen. Auch die Ausführungen von Gruner über die konzeptionellen Ansätze von Marx und Max Weber im Vorwort sind dafür wenig hilfreich. Damit der Leser beim Gesamtwerk von 3000 Seiten nicht nur viele Bäume, sondern auch den Wald sieht, wäre es notwendig, wenn Gruner eine leicht lesbare Zusammenfassung «aus einem Guss» nachliefern würde.

Erich Gruner, Hans-Rudolf Wiedmer, Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz. Soziale Lage, Organisation und Kämpfe von Arbeitern und Unternehmern, politische Organisation und Sozialpolitik. Band I: Demigraphische, wirtschaftliche und soziale Basis und Arbeitsbedingungen, Zürich 1987 624 Seiten, 68 Fr. (Chronos Verlag).

Bayerns Sozialdemokraten rappeln sich auf

Ein neues Handlungskonzept

Von Horst Hartmann

Das schlechte Abschneiden bei den Landtagswahlen im Oktober 1986 mit 27,5 Prozent und bei den Bundestagswahlen im Februar 1987 mit 27 Prozent haben die bayerischen Sozialdemokraten zum Anlass genommen, um ihre Situation nüchtern und selbstkritisch zu analysieren, anstatt sich in die eigene Tasche zu lügen. Es geht ihnen dabei um eine «langfristige Aufbauarbeit».
Die gegenwärtige Situation im Freistaat Bayern spiegelt sich in einem Diskussionspapier wie folgt: Obwohl die übermächtige CSU bei der Bundestagswahl – bezogen auf die Wahlberechtigten – 44,7 Prozent, die Grünen 6,2 und die FDP 6,6 Prozent bekamen, ist das Wählerreservoir in Bewegung geraten. In den Verlusten von CSU und SPD spiegelt sich ein Vertrauensschwund gegenüber den grossen Parteien, denn der Block der Nichtwähler stieg beträchtlich auf 20,7 Prozent, bei der Landtagswahl sogar auf 35,7 Prozent. Für die SPD bedeutet das, Desinteresse, Enttäuschung und «Voreingenommenheit» bei Sympathisanten überwinden, die ihre emotionale Bindung an die Partei keineswegs völlig verloren haben.
Das Dilemma der CSU liegt darin, dass sie ausgerechnet auf dem Lande, also im ureigenen Stammgebiet, Stimmen verlor und die rechtsextremen Republikaner ihr zusätzlich drei Prozent abjagten. Für die SPD stellt sich das Problem anders. Ihr Jungwählerpotential hat sich seit dem Aufstieg der Grünen von 1972 bis 1987 halbiert. Deshalb lässt sich bereits von einer bedrohlichen Überalterung der eigenen Wähler sprechen. Die Wiedergewinnung von Stimmen aus dem Reservoir von Nichtwählern und dem Stamm von Jungwählern soll daher einen Schwerpunkt der Arbeit in den kommenden Jahren bilden.

Schwache Organisationsstruktur

In den alten Hochburgen Fürth und Nürnberg liegt die SPD weiter vorn, in anderen Städten erreicht sie nur durchschnittliche Ergebnisse. Eine Sonderstellung nimmt die Oberpfalz ein, wo sie ihre Position erheblich verbessern konnte, was vor allem auf den Widerstand der Bevölkerung gegenüber der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zurückzuführen ist. Das grosse Problem der Partei ist aber die unzulängliche organisatorische Struktur. Von 2051 Gemeinden existieren in 704 kein Ortsverein. Die Folgen sind eindeutig, denn wo die Partei nicht präsent ist, erreicht sie kaum durchschnittliche Wahlergebnisse.
Im Gegensatz dazu verfügt die CSU über einen schlagkräftigen Organisationsapparat. Beobachter bezeichneten sie sogar als einen «politischen Konzern», mit einem «hochtechnisierten und hochkommunikativen politischen Produktions- und Verteilungssystem». In diesem Zusammenhang darf aber auch nicht die zweifellos vorhandene Anziehungskraft der CSU in einem vorwiegend katholisch-konservativen Milieu übersehen werden. Auch die Kampfstellung der Partei gegenüber der CDU kommt ihr zugute, weil damit der alte Konflikt zwischen den Bayern und den «Saupreussen» konserviert wird.
Die Distanz gegenüber dem politischen System in der Bundesrepublik ist in Bayern trotz der Regierungsbeteiligung grösser als in anderen Regionen. Das ist

ein Zeichen dafür, dass der unselige Separatismus als Folge der Kleinstaaterei im 19. Jahrhundert noch immer nicht völlig verschwunden ist. Es ist auch kein Zufall, dass der aus Ludwigshafen stammende Bundeskanzler Helmut Kohl sich gern als gebürtiger Bayer bezeichnet, weil seine Pfälzer Heimat einst zu Bayern gehörte.
Solange der Zweikampf zwischen Kohl und Strauss anhält, solange der unberechenbare und unbeherrschte Bayer dem Kanzler vors Schienbein tritt, kann er sich der Zustimmung vieler Landsleute sicher sein. Das gilt auch für Kreise, die der Einschränkung von Bürgerrechten in Bayern skeptisch gegenüberstehen. Im Diskussionspapier der SPD findet sich der recht anschauliche Satz: «Fest steht, dass sich die CSU wie ein Tintenfisch über ganz Bayern ausgebreitet hat und die bayerische SPD oft einer personellen und organisatorischen Übermacht gegenübersteht.»

Die SPD muss bayerisch sein

Angesichts dieser Problematik, die für keinen anderen Landesverband auch nur annähernd zutrifft, hat die Partei ein mittelfristiges Handlungskonzept entwickelt, dem die Erkenntnis zugrunde liegt, «ihre Kräfte inhaltlich und personell auf Bayern» zu konzentrieren. Die «politische Spitze» soll auf allen Ebenen «bayerisch geprägt und gewachsen» sein. Auf bundespolitische Ambitionen wird dabei klipp und klar verzichtet. Die Organisation des Landesverbandes soll weiter ausgebaut, die Vertrauensarbeit verbessert werden. Zu Betrieben, Verwaltungen, gesellschaftlichen Gruppen, Vereinen und kulturellen Organisationen sind die Kontakte zu verstärken. Ausserdem wird eine offene Diskussion mit allen von der CSU beherrschten Verbänden angestrebt.
Die bayerische SPD hat eingesehen, dass auch die «Politikrituale» geändert werden müssen, vor allem die für Neumitglieder und Sympathisanten «erschreckend langweiligen» Sektions-Versammlungen. Die Konzentration auf bayerische Belange, die Auseinandersetzung mit den autoritären Tendenzen der Staatspartei, sollte für neuen Auftrieb sorgen. Dafür bürgen Karl-Heinz Hiersemann an der Spitze der Landtagsfraktion, Ludwig Stiegler in der Landesgruppe und im Landesverband Renate Schmidt, Anke Martiny und der wortgewaltige Rudolf Schöfberger, der es aus dem Stand jederzeit mit Franz Josef Strauss aufnehmen kann.

Zurück in die Betriebe

Im Vordergrund der politischen Überzeugungsarbeit soll neben den engen Kontakten zu Gewerkschaften, Betriebsräten und Vertrauensleuten in Betrieben auch das Gespräch mit Facharbeitern, Angestellten, Technikern und Ingenieuren stehen. Im Bereich der ökologischen Erneuerung der Industriegesellschaft wird die Notwendigkeit moderner Technologien bejaht. Dabei darf aber die Frage nach umweltverträglichen Produktions- und Energietechnologien nicht vernachlässigt werden. Der aufmerksame Zeitgenosse vermisst aber in dem Arbeitspapier eine Auseinandersetzung mit der Industriepolitik der CSU, die sich stark auf Rüstungsbetriebe stützt.
Weitere Aufgaben sieht die SPD in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und dem Eintreten für Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen. Dabei wird der Standpunkt vertreten, dass Voraussetzung für die persönliche Entfaltung «nur auf der Basis kollektiver Regelungen der Arbeitsbedingungen und sozialer Sicherheit» möglich ist. Die frauenfeindliche Tendenz der Strausspartei muss in der Öffentlichkeit noch stärker zum Ausdruck gebracht werden.

Gegen die Agrarindustrie auf Kosten der Kleinbauern

Eine besondere, ja vermutlich die entscheidende Bedeutung kommt der zukünftigen Landwirtschaftspolitik zu, die von der SPD allzu lange nur «halbherzig» betrieben worden ist. Sie darf sich nicht auf die Bauern beschränken, sondern muss auch die ländlichen Regionen einschliessen, da sie vom Strukturwandel ebenso betroffen werden. Da die CSU den Zusammenhang von Landwirtschafts- und Umweltpolitik nicht begriffen hat, bieten sich für die SPD günstige Ansatzpunkte. Es geht zunächst um die Sicherung der Existenzgrundlage und die Verhinderung einer Klassengesellschaft von Grossagrariern und kleinen sich selbst ausbeutenden Landwirten, deren Realeinkommen ständig sinkt.
Die Landwirtschaftspolitik wird in Bayern um so wichtiger, da wenige Tage nach dem Bekanntwerden des Arbeitspapiers Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) erklärte, es gehe vorrangig nicht um die Erhaltung von Kleinbetrieben, vielmehr um die Förderung der Agrarindustrie. Für die SPD in Bayern bedeutet das Eintreten für die Landwirtschaft selbstverständlich auch den schonenden Umgang mit der Natur und das Anrecht der Verbraucher auf rückständefreie Lebensmittel.

Demokratische Rechte sichern

Während sich Bayern unter der Staatspartei CSU zum «Vorrei-

ter in den Demokratien Europas beim Abbau von Liberalität und Freiheitsrechten entwickelt», gilt es, demokratische Rechte zu sichern und auszubauen. Hier wächst der Partei sogar eine wesentlich grössere Aufgabe zu als in anderen Bundesländern. Daneben geht es um die Sicherung des gefährdeten Sozialstaates, umfassende Reformen der Alterssicherung und des Gesundheitswesens. Die Umweltgefährdung ist nach dem Raubbau im Gebirge noch grösser geworden und hat katastrophale Ausmasse angenommen. Hier steht die SPD vorbehaltlos an der Seite der Grünen. Bemängelt wird die Berichterstattung der Medien übrigens nur im Hinblick auf die tendenziöse Propaganda des Bayerischen Rundfunks, der «inzwischen stromlinienförmig schwarz» ausgerichtet ist. Für die aktuelle Aufklärung bieten Staatsverschuldung, ungerechte Steuerreformen zugunsten der Reichen, eine soziale Kahlschlagspolitik gute Ansatzpunkte für die SPD: «Die Politik der CSU entlarvt sich als industriell modern, aber rücksichtslos gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.» Das zeigte sich auf dramatische Weise beim Konkurs der Maxhütte. Kein Wunder, wenn die CSU zu «Maulkorberlässen, Einschränkungen der Freiheitsrechte» Zuflucht sucht und sich auf an «Effizienz ausgerichtete Bildungsziele» beschränkt.

Die SPD muss die «angelernte Rücksichtslosigkeit» der Gesellschaft, die «Vision einer von Menschlichkeit und Verständnis geprägten Wohlstandsgesellschaft» entgegensetzen. Das sind keine leichten Aufgaben, doch es lohnt sich, diese Ziele beharrlich zu verfolgen. Der Erfolg kann schon 1990 eintreten, wenn die CSU endgültig unter die 50-Prozent-Marke heruntergedrückt wird. Das sollte mit Hilfe der enttäuschten Landbevölkerung möglich sein.

Zur Historikerdiskussion in der Bundesrepublik Deutschland

Aufklärung tut dringend not

Gérard Wettstein über den Feldzug reaktionärer Historiker

Die heutigen Diskussionen in der Öffentlichkeit drehen sich mehrheitlich um Fragen der Ökologie, der Ökonomie, der atomaren Bedrohung, der neuen Technologien, des Nord-Süd-Konfliktes. An diesen Fragekomplexen müssen wir stets arbeiten, und dass wir uns dabei der Wahrheit nur asymptotisch annähern können, ist eine banale, aber um so wichtigere Feststellung.

Jenseits dieser Diskussionen findet innerhalb der Historikerzunft eine nicht minder wichtige Auseinandersetzung statt: Wie einzigartig sind die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland von 1933 bis 1945?

Die Wissenschaft lebt von der intellektuellen Auseinandersetzung, von neuen Fragestellungen, von neuen methodischen Ansätzen usw. Ein Nichtakzeptieren dieser Grundregeln führt zu Starrheit, Dogmatismus und Ideologie – das kann nicht das Ziel der Wissenschaft sein.

Was jedoch in jüngster Zeit in der Bundesrepublik zur Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung geschieht, muss mit Skepsis verfolgt werden. Bei genauem Betrachten dieser Auseinandersetzung neigt man bei gewissen Autoren zur Auffassung, dass es sich hier nicht um wissenschaftlichen Diskurs, sondern um einen ideologischen Feldzug reaktionärer Historiker handelt.

Bisher galt es als unbestritten, dass die Herrschaft der Nazis eine Diktatur war. Ein perfekter Überwachungsstaat mit entsprechenden Institutionen (Gestapo, SS und SA, Hitlerjugend zwecks Erziehung im NS-Geist) und die notwendige Taktik (offener und versteckter Terror im Alltag, immer wiederkehrende Propagandaaufmärsche, Zerschlagung jeglicher Oppositionen usw.) wurden mit bemerkenswerter Schnelligkeit und Zielstrebigkeit errichtet.

Von 1933 bis 1939 wurde die Aufrüstung in grossem Tempo vorwärtsgetrieben.

Trotzdem gibt es (deutsche) Historiker, die für die Nazi-Diktatur Begriffe verwenden wie «chaotisch» oder «anarchisch». 1933 konnten die Nazis eine relativ gutorganisierte Verwaltung übernehmen. Zielstrebig bauten sie nach der Machtergreifung die Apparate aus – in erster Priorität Polizei und Justiz. Sie verstanden es, die Bürokratie und Industrie mit ihren Vertrauensleuten zu überschwemmen – und